

Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 46 (1973)

Heft: 7

Artikel: Was braucht es zur Erhaltung unserer Freiheit?

Autor: Moser, Armin

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-518280>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nach innen bedeutet das, mit den Mitteln der geistigen, politischen Auseinandersetzung ganz entschieden den Kräften entgegenzutreten, die jeden wirklichen oder vermeintlichen Übelstand ausnützen, nicht etwa um ihn zu beseitigen, sondern um die demokratische Ordnung selbst zunächst der Verachtung und später der Zerstörung auszuliefern. Das erlebte und erlebt die Welt ja schliesslich auch nicht ganz zum erstenmal. Diesen Kräften nicht entgegentreten kann man allerdings, wenn man, wie zurzeit in der Westschweiz, ein Bündnis mit ihnen schliesst, um gemeinsam für mehr soziale Gerechtigkeit zu kämpfen, die nirgends geringer ist als dort, wo eine solche Bündnispolitik schon triumphiert hat.

Und nach aussen bedeutet die Verteidigung der Demokratie, die grosse rote Faust wegen einiger brauner Fäustchen nicht ganz zu übersehen, also lautstark Freiheit für Angela Davis zu rufen, die in Moskau den Doktorhut dafür erhielt, dass sie zu den Prozessen gegen ihre Schwestern und Brüder im Machtbereich ihrer eigenen Parteifreunde schweigt.

Die notwendige Entspannung auf der zwischenstaatlichen Ebene schlägt in ihr Gegenteil um, wenn wir ihr die Freiheit unseres politischen Urteils opfern. Denn mehr Sicherheit in Europa ohne Sicherung der Menschenrechte in West und Ost gibt es nicht.

Ulrich Kägü

Was braucht es zur Erhaltung unserer Freiheit?

Major Armin Moser, Meggen

Wenn wir diese Frage ehrlich beantworten möchten, müssen wir vorerst unser Innerstes, unsere ganze, heutige Haltung und Einstellung unserem Staat gegenüber überprüfen. Wir haben uns auch darüber klar zu werden, ob es, was gewisse Mitbürger immer wieder zu ermitteln suchen, wichtiger ist, den Beweis zu erbringen, ob der Bund der drei Eidgenossen aus Uri, Schwyz und Unterwalden des Jahres 1291 auf dem Rütli nur als reine Sage oder als Wirklichkeit bewertet werden müsse oder aber, ob für uns alle auch heute noch das damalige Sinnbild des gemeinsamen Handelns und Zusammenhaltens in Zeiten der Gefahr, weit entscheidender sein kann. Viel mehr geht es um die Kernfrage, ob wir, nach wie vor, bereit wären, auch jetzt noch jedes Opfer zu erbringen, um uns so unserer Freiheit würdig zu zeigen, denn ohne den persönlichen Einsatz jedes Einzelnen unter uns, würde nichts erreicht. Wir müssen uns zudem darüber Rechenschaft geben, ob wir uns auch in der Gegenwart und in der Zukunft gegen jeden feindlichen Eindringling zu verteidigen gewillt und fähig sind, oder wir uns auch in dieser Hinsicht vorerst überlegen, ob sich ein solcher Tribut überhaupt lohnt bzw. uns etwas einbringt oder nicht. Hier liegt nämlich das Grundübel unserer momentanen Krise, durch derartige Überlegungen entsteht die Abneigung vieler Bürger zu unserem Verteidigungsgedanken, denn in der heutigen, modernen Zeit des allgemeinen Umbruchs fehlt es ständig mehr am Denken für das Gesamtwohl unseres Landes. Bei all unserem Tun und Lassen, im Zeichen des Wohlstandes, stehen leider immer mehr die Eigeninteressen im Vordergrund und von dieser Basis ausgehend, geben sich denn auch viele unter uns der Illusion hin, über militärische Fragen, über den Ausbau unseres Milizheeres und der Organisation einer zweckmässigen Gesamtverteidigung zu reden, sei doch Zeitverlust, indem in einem vereinigten Europa eine eigene Konzeption auf diesem Gebiete ohnehin überholt und die entsprechenden Aufwendungen durchaus vermeidbar seien.

Wer so denkt, begeht aber nichts anderes als Verrat an unserer Freiheit und am Fortbestehen unseres unabhängigen Vaterlandes, indem die Geschichte der Völker immer wieder bewiesen hat, dass noch nie ein Land ohne starken und glaubwürdigen Abwehrwillen auf die Dauer seine Selbstständigkeit und staatliche Eigenständigkeit behalten hat, denn ohne Armee würden wir zur Gefahr für den Frieden, indem wir Angriffslustige anlockten, sich bei uns widerstandslos zu holen, was ihnen andernorts verwehrt wird.

Es darf daher nicht sein, dass wir im tiefen Frieden beginnen, unsere Freiheit als selbstverständlich hinzunehmen, denn daraus könnte eine Erschlaffung in unserem Volk entstehen, sich zu verteidigen, was zwangsläufig zu einem Rückstand in der materiellen und organisatorischen Vorbereitung für den Kriegsfall führen müsste.

Wenn unsere heutige Staatsform, und parallel dazu die umfassende Landesverteidigung, ernst genommen werden sollen, bedarf es immer wieder der geistigen Haltung und des Mitdenkens und Mitmachens aller, sowie primär der Einigkeit, des Friedens in allen Belangen und der internen Geschlossenheit unseres ganzen Volkes. Es braucht zudem Achtung vor der Meinung des anderen, auch wenn nicht immer alles nach Wunsch geht und die Weltanschauungen aller Art oft noch so auseinandergehen. Dies ist nicht zu ändern und wird immer so sein. Es sind dies nicht zuletzt die äusseren Merkmale einer echten Demokratie, welche bekanntlich auch die Diskussion und die Kritik als Fundament hat.

Zugegeben, die Eidgenossenschaft des Jahres 1973 kann nicht mehr dasselbe Bild wie dasjenige von gestern zeigen und sie wird morgen nochmals ein anderes Gesicht haben. Von dieser Tatsache können und dürfen wir uns nicht abwenden. Die Einstellung vieler Mitbürger, bedingt durch die erwähnten Umstände, hat sich vielfach derart gewandelt, dass sie mit dem Begriff der Freiheit gar nichts mehr anzufangen verstehen oder die Existenz derselben sogar oft mit voller Überzeugung in Abrede stellen.

Wenn aber das weisse Kreuz im roten Feld auch in Zukunft als Hoheitszeichen eines selbständigen und freiheitsliebenden Volkes auf allen Kontinenten der Erde vertreten sein soll, ist es unsere Pflicht, derartigen Gesinnungsströmungen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten, bevor es für uns zu spät ist und es kein Zurück mehr gibt. Wir alle müssen deshalb, mit Vorbild, mithelfen, Andersdenkende und Zweifler immer wieder mit Informationen zu versehen und aufzuklären. Mit aller Deutlichkeit und unmissverständlich ist zudem solchen Leuten stets aufs Neue zu vergegenwärtigen, was für ein unschätzbares Kapital die Eigenständigkeit unseres Landes für uns bedeutet, d.h. Herr im eigenen Hause zu sein. Gewiss hat sich auch bei uns gar manches geändert, das wir früher nicht für möglich hielten, auch im schönen Schweizerlande ist nicht alles so, wie es sein sollte, das sind wir uns voll bewusst. Niemand soll und kann uns jedoch daran hindern, auch heute noch mit offenen Augen und klarem Kopf für das Gute und Edle einzustehen, für Wahrheit und Recht zu kämpfen und seine freie Meinung zu vertreten, auch wenn diese vielleicht oft noch so unbequem wird und man deswegen nicht überall Freunde gewinnt.

«Verträge gegen die Informationsfreiheit»

von Johannes Gross

«Von der Bourgeoisie monopolisiert», schreibt Prof. Dr. iur. Wadim Sobakin in der «Neuen Zeit», der aussenpolitischen Wochenschrift des sowjetischen Aussenministeriums, «stellen Presse, Funk und Fernsehen der kapitalistischen Länder tagtäglich, ja stündlich ihre Spalten und Wellen für Meldungen zur Verfügung, die nur als Aggressions- und Kriegshetze bezeichnet werden können.» In seinem Aufsatz über friedliche Koexistenz und ideologischen Kampf legt er dar, dass beides zugleich betrieben werden müsse und dass die sozialistischen Länder darum besorgt sein müssten, das Eindringen «der in der UdSSR verbotenen Aggressionshetze» durch die von den Massenmedien der kapitalistischen Welt transportierten Ideen «nationaler Überlegenheit, Rassismus und Faschismus» zu verhindern.

Die Polemik dieses Rechtsgelehrten ist nicht zufällig. Am 8. August legte der sowjetische Aussenminister Gromyko der Generalversammlung der Vereinten Nationen den Entwurf einer internationalen Konvention über Satellitenfernsehen vor. Im Oktober wurde für die Generalversammlung der Unesco der Entwurf einer Übereinkunft zum nämlichen Gegenstand erarbeitet. Viele Anzeichen deuten darauf hin, dass auch auf der europäischen Sicherheitskonferenz, die derzeit in Helsinki vorbereitet wird, das Problem grenzüberschreitender Fernseh- und Rundfunksendungen eine Rolle spielen wird.

Schon jetzt werden diplomatische Vorstösse unternommen, um durch völkerrechtliche Abmachungen rechtzeitig die ungehinderte Ausbreitung des internationalen Satellitenfernsehens zu verhindern. Sie sind keineswegs aussichtslos; denn es sind nicht nur die kommunistischen Länder daran interessiert, ihren Völkern den freien Empfang von Fernsehsendungen westlichen Ursprungs unmöglich zu machen, sondern auch nichtkommunistische Militärdiktaturen. Es ist eine traurige Tatsache, dass nur eine kleine Minderheit der gegenwärtigen Staatenwelt parlamentarisch-liberal